



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Ulrich Singer, Jan Schiffers, Dr. Anne Cyron, Josef Seidl, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Schutz vor häuslicher Gewalt während der Corona-Krise sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- eine Kampagne sowohl online als auch im Rundfunk zu starten, in der von häuslicher Gewalt bedrohten Frauen und Kindern Möglichkeiten erörtert werden,
 - wie sie auch in der Corona-Krise trotz Ausgangsbeschränkungen Hilfe bekommen können,
 - welche Hotlines (etwa 116 111) in Fällen von häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder angerufen werden können.
- leerstehende Hotels und Ferienwohnungen im Zeitraum der Corona-Pandemie und notfalls darüber hinaus anzumieten und diese Frauen und Kindern, die vor häuslicher Gewalt fliehen, zur Verfügung zu stellen.
- den von häuslicher Gewalt bedrohten und untergebrachten Frauen und Kindern kompetente Beratung während des Aufenthalts und danach zukommen zu lassen.

Begründung:

Experten befürchten, dass die Corona-Krise zu einem massiven Anstieg von häuslicher Gewalt führen könnte. Vor allem Frauen und Kinder sind davon betroffen. Alexandra Schreiner-Hirsch vom Landesverband des Kinderschutzbundes in Bayern geht davon aus, dass sich die Situation in Familien, die jetzt schon Probleme im Alltag haben, verschlechtern kann. Daher sind Hilfsangebote jetzt besonders wichtig, jedoch würden auch die bayerischen Jugendämter mit den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie kämpfen. Hausbesuche fänden nur noch bei akuter Notlage statt, ansonsten würde man per Telefon oder E-Mail Kontakt zu den Familien halten, so Schreiber-Hirsch.

Auch die Sozialreferentin in München, Dorothee Schiwy, ist sich sicher, dass die Fälle häuslicher Gewalt deutlich ansteigen, je länger die Ausgangsbeschränkungen bestehen würden. Aus diesem Grund sei es unbedingt nötig, dass die Politik Schutz- und Beratungsangebote für Frauen und Kinder im Blick behält und in der aktuellen Krise weiterhin finanziell absichere.

Die Isolation bzw. Ausgangsbeschränkungen und finanziellen Sorgen könnten zu mehr häuslicher Gewalt führen, sagt auch Bundesfamilienministerin Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Franziska Giffey. Sie schlug auch vor, dass leerstehende Hotels für Frauen und Kinder, die vor Gewalt fliehen, geöffnet werden könnten. Dabei nannte sie als positives Beispiel die Stadt Kassel, die leerstehende Ferienwohnungen für Frauen in Not angemietet hat, oder Berlin, wo „zwei ganze Hotels als Schutzräume“ gebucht worden seien.

Da die Zahl der Opfer von häuslicher Gewalt seit Jahren steigt (Steigerung um 11,5 Prozent zwischen 2014 und 2018) und diese Krise mit den Ausgangsbeschränkungen zu einer weiteren Steigerung beitragen wird, ist es absolut notwendig, die von häuslicher Gewalt bedrohten Kinder und Frauen in den Fokus zu nehmen.

Daher sollen derzeit leerstehende Ferienwohnungen und Hotels vom Freistaat Bayern angemietet werden, um Frauen und Kindern, die von häuslicher Gewalt bedroht werden, die Möglichkeit zu geben, aus dieser Situation zu fliehen. Außerdem soll den Frauen und Kindern während und nach dem Aufenthalt kompetente Beratung zukommen. Die jetzt schon überfüllten Frauenhäuser werden diese bevorstehende Steigerung von Fällen häuslicher Gewalt nicht mehr stemmen können. Der Freistaat muss hier seiner Fürsorgepflicht nachkommen.

Außerdem soll eine große Kampagne gestartet werden – sowohl online als auch im Rundfunk –, in der kurz und einfach Auswege aus der häuslichen Gewalt erklärt werden, trotz Ausgangsbeschränkungen. Außerdem sollen hier alle Hotlines genannt werden, die von häuslicher Gewalt bedrohte Frauen und Kinder wählen können, um schnelle und unbürokratische Hilfe zu bekommen.